

Die Ermittlungs- und Beschwerdestelle Misshandlungsvorwürfe im Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung – ein Beitrag zur Good Governance

Sektionschef Dr. Mathias Vogl
Bundesministerium für Inneres, Sektion III - Recht
Wien, 10. Dezember 2025

Regierungsprogramm 2020 bis 2024, Seite 153

Sicherstellung einer konsequenten Aufklärung bei Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und konsequente und unabhängige Ermittlung bei Misshandlungsvorwürfen gegen diese in einer eigenen Behörde in multiprofessioneller Zusammensetzung, die sowohl von Amts wegen ermittelt als auch als Beschwerdestelle für Betroffene fungiert und mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet ist.

Novelle des BAK-G BGBl. I Nr. 107/2023

- Einrichtung einer
 - bundesweit ausschließlich zuständigen
 - Ermittlungs- und Beschwerdestelle
 - zur Aufklärung von Misshandlungsvorwürfen
 - gegen Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes
 - im Innenressort
- Inkrafttreten: 22. Jänner 2024

Hauptgesichtspunkte der Novelle

- Einrichtung der Ermittlungsstelle
- interdisziplinäre und multiprofessionelle Zusammensetzung
- spezialisierte Ausbildung der beschäftigten Bediensteten
- Einrichtung eines unabhängigen Beirats

Bundesminister**Kabinetts des Bundesministers****Generalsekretär****Büro des Generalsekretärs**Abteilung IR
Interne Revision

Referat Prüfstelle EU-Fonds

Staatssekretär**Büro des Staatssekretärs****Stabsstelle Ukraine-Flüchtlingskoordination****Sektion I**

Präsidium

Sektion IIGeneraldirektion
für die öffentliche Sicherheit

Landespolizeidirektionen

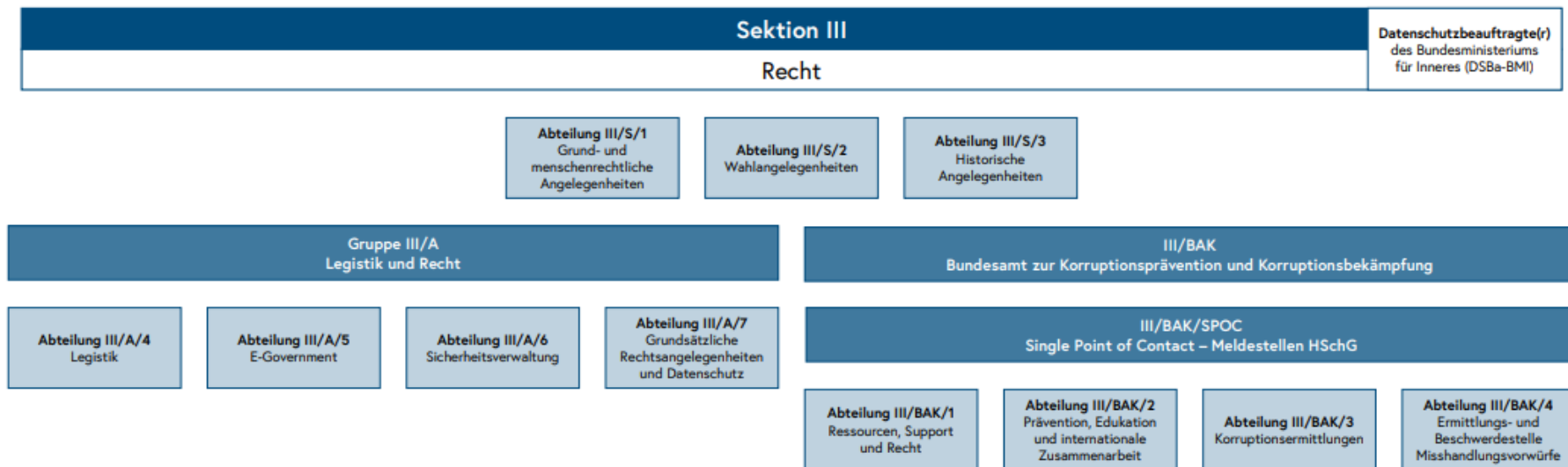
Sektion III

Recht

Sektion IVCyber Sicherheit, Digitales
und Service**Sektion V**

Migration und Internationales

Bundesamt für
Fremdenwesen und AsylBundesagentur für Betreuungs-
und Unterstützungsleistungen



Maßnahmen zur Erhöhung der Unabhängigkeit

- Vermeidung hierarchischer Verbindungen → keine Weisungszusammenhang
- nur schriftliche & begründete Weisungen → Übermittlung an den Beirat
- qualifiziertes Bestellungsverfahren unter Einbindung oberster Organe
- Bestellung Direktor & Stellvertreter für 10 Jahre
- Mitsprache bei der Auswahl der Bediensteten
- eigenes Budget
- Verpflichtung zur Ressourcenausstattung

Zuständigkeit

bundesweit

- - kriminalpolizeiliche Ermittlungen
 - bei Ausübung unmittelbarer Zwangsgewalt mit Todesfolge (0*)
 - bei lebensgefährdendem Waffengebrauch (12*)
- - Ermittlungen bei Misshandlungsvorwürfen (46*)

durch Polizeiorgane

* Stand 14. November 2025

Zusammensetzung der EBM

- Multiprofessionell
 - Polizeiorgane
 - sonstiges fachkundiges Personal
- Interdisziplinarität
 - Medizin
 - Psychologie
 - Soziologie
 - Sozialarbeit

Bedienstete

- spezialisierte Ausbildung
 - Grund- und Menschenrechte
 - Vernehmung, Kommunikation, Rhetorik, Kriminalistik, Waffengebrauchsermittlung
 - Teambuilding
- dauernde Funktionsbetreuung
- attraktive Bewertung

Unabhängiger Beirat

- Vorsitz & Stellvertreter sowie 7 (Ersatz)Mitglieder, Bestelldauer 7 Jahre
- unabhängig, weisungsfrei, multiprofessionell
- Tätigwerden aus Eigenem oder über Ersuchen
- Ziel: systematische Mängel und Optimierungsbedarf erkennen
- Erstattung von Empfehlungen
 - Empfehlung 1: Ausreichende Personalausstattung
 - Empfehlung 2: Einsatz von Body Worn Cameras als neutrales und objektives Beweismittel für Rechtsschutzverfahren
 - Empfehlung 3: Ermittlung bei Verdacht auf Art 3 EMRK-Verletzungen

Schlussbemerkungen

- Einrichtung im Rahmen des rechtlichen Organisationssystems
- Beachtung der Grundsätze des EGMR
 - Unabhängigkeit,
 - Angemessenheit,
 - Unverzüglichkeit,
 - öffentliche Überprüfung
 - und Einbeziehung des Opfers
- unabhängige Qualitätssicherung & permanente Evaluation durch den Beirat

Bundesministerium für Inneres

Sektion III - Recht

Dr. Mathias Vogl

Sektionschef

+43 59133 909000

Herrengasse 7, 1010 Wien

mathias.vogl@bmi.gv.at

www.bmi.gv.at